

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

40. Jahrgang / 220

18. November 1985

Klaus Daubertshäuser MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, bezeichnet die Unfälle wegen überhöhter Geschwindigkeit als nicht mehr tragbar. Seite 1

Hans Janßen, IG Metall-Vorstandsmitglied, belegt, daß die Tarifpolitik seiner Organisation 100.000 Arbeitsplätze sicherte und schuf. Seite 2

Karl Weinhofer MdB über die Kassenärzte und deren Einkommen. Seite 3

Hans Kolo MdL sieht die Strauß-Regierung auf dem Weg zum Verfassungsbruch. Seite 5

Manfred Dammeyer MdL würdigt Dieter Sauberzweig zu seinem 60. Geburtstag. Seite 6

Das Tempo-Limit muß kommen!

Deutsche Fahr-Mentalität produziert zuviele Unfälle

Von Klaus Daubertshäuser MdB
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Auf unseren Straßen wird zu schnell gefahren. Über 2.500 Menschen starben 1984 an den Folgen von Unfällen, die durch zu hohe Geschwindigkeiten ausgelöst worden sind. Überhöhte Geschwindigkeit ist auch sonst die Unfallursache Nummer eins.

Auf den deutschen Straßen brauchen wir weniger gefährliche Verhaltensweisen. Wir brauchen eine Fahr-Mentalität, die von Gelassenheit geprägt wird. Wenn Amerikaner unsere Landstraßen als „Rennkurs mit Gegenverkehr“ bewerten, so muß uns dies zu denken geben.

Ein Tempo-Limit von 100 km/h Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen wird die Zahl der Hochgeschwindigkeitsunfälle reduzieren und sich positiv auf die Fahr-Mentalität auswirken.

(-/18.11.1985/va/ks)

+ + +

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-40, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 09

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veranstaltungsbüro
mit zentraler Rufnummer
Koching-Peris



Die 35-Stunden-Woche behält Priorität

100.000 Arbeitsplätze konnten durch unsere Tarifpolitik schon gesichert werden

Von Hans Janßen
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Jetzt steht es fest: Die erstreikte 38,5-Stunden-Woche hat allen Unkenrufen der Arbeitgeber und allen Diffamierungsversuchen von Politikern zum Trotz Arbeitsplätze gesichert und geschaffen.

Das ist das wichtigste Ergebnis der Umfrage „Bilanz Arbeitsplätze und Mehrarbeit in der Metallindustrie“, die von der IG Metall zwischen Juni und August 1985 durchgeführt wurde. 5.051 Betriebsräte aus Betrieben mit 2,4 Millionen Beschäftigten - das sind 68 Prozent aller Arbeitnehmer der Metallindustrie - haben sich mit auswertbaren Angaben an dieser Umfrage beteiligt.

100.000 Arbeitsplätze konnten danach durch die 38,5-Stunden-Woche gesichert und geschaffen werden. Die Beschäftigungswirkung ist damit größer als erwartet: Sie liegt nicht wie früher bei 50 Prozent sondern nunmehr bei 70 Prozent. Das erklärt sich aus der Verdichtung der Leistungsanforderungen, die seit den fünfziger und sechziger Jahren stattgefunden hat. So beträgt der Beschäftigungseffekt in der direkten Produktion der Automobilindustrie heute 100 Prozent.

Widerlegt sind damit Behauptungen von Gesamtmetall, die überwiegend nur dort Beschäftigungswirkungen sehen wollen, wo zugleich auch flexibilisiert wurde.

Weitere Ergebnisse der IG-Metall Bilanz:

- Befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit und die außertariflichen Angestellten nehmen sprunghaft zu. Und das vor allem in kleineren Betrieben, in denen sich die Betriebsräte schwer tun, diese Aufspaltung der Belegschaften zu verhindern;
- Eine drastische Ausweitung der Schicht- und Samstagarbeit könnte verhindert werden;
- die Einführung der 38,5-Stunden-Woche hat nicht zum Anstieg der Mehrarbeit geführt. Dies mag eine Erklärung für Ihre hohe Beschäftigungswirkung sein. Im Vergleich zum 1. bis 2. Quartal 1985 hat nach Angaben der Betriebsräte die Mehrarbeit in sechs Prozent der Betriebe „stark zugenommen“, bei 15,3 Prozent „zugenommen“, bei 31,2 Prozent ist sie „gleich geblieben“ und bei 47,4 Prozent hat sie „abgenommen“ beziehungsweise „stark abgenommen“.

Freizeitausgleich für Mehrarbeit ist noch zu gering, nimmt aber zu.

- Geringe Bedeutung hat der Vorruhestand. Mehr als die Hälfte aller Betriebe haben ihn grundsätzlich verweigert. Nach Angaben der Betriebsräte haben beziehungsweise werden bis Ende 1985 nur 11.000 Beschäftigte aufgrund der Vorruhestands-Tarifverträge ausscheiden können. Das sind ganze 0,3 Prozent der Beschäftigten in der Metallindustrie.

Für unsere Tarifpolitik ziehen wir vor allem folgende Schlußfolgerungen:

- Die 35-Stunden-Woche behält tarifpolitische Priorität. Wir werden - anknüpfend an die positiven Erfahrungen - die Diskussion und Mobilisierung in Sachen 35-Stunden-Woche kontinuierlich fortführen. Umfassende Arbeitszeitverkürzung bleibt angesichts der Wachstums- und Produktivitätsentwicklung die notwendige wenn auch nicht ausreichende Alternative zur fortschreitenden Spaltung der Gesellschaft in Arbeitende und Arbeitslose.

Dies schließt die Forderung und Durchsetzung von Realeinkommensverbesserungen im Jahr 1986 selbstverständlich nicht aus. Die IG Metall wird aber mit einem Forderungskonzept in die Tarifrunde 1986 gehen, mit dem sowohl dem Wunsch nach Einkommensverbesserung Rechnung getragen wird, mit dem aber auch die Mobilisierung für die 35-Stunden-Woche fortgeführt und ihre Durchsetzung nicht auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben wird.

(-/18.11.1985/va/ks)



Was ist die Konzertierte Aktion noch wert?

Den Kassenärzten geht es doch nur um die eigene Kasse

Von Karl Weinhofer MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Im Gesundheitswesen hat sich eine neue - inoffizielle - konzertierte Aktion formiert: die Gemeinschaft derer, die mit kurzfristigen Zuwachsverzichten verhindern wollen, daß mit einem Kostendämpfungsgesetz eine wirksame Gesamtstukturreform erfolgt. Dies gilt nicht nur für den Preisbeschluß der Pharma-Industrie. Ganz offen erklärt auch das Vorstandsmitglied der Kassenärztlichen Bundesvereinigung Dehler in der Ärzte-Zeitung vom 12. November 1985, es habe keine Alternative zur Bildung der Honorare an die Grundlöhne gegeben. Nur so habe man verhindert, daß der Gesetzgeber ein neues Kostendämpfungsgesetz auf den Weg gegeben habe.

Im Klartext: hier herrscht keine Einsicht vor, daß auch die Kassenärzteschaft ihren Beitrag zur finanziellen Absicherung unseres Gesundheitssystems zu leisten hat. Man hält es durchaus nicht für selbstverständlich, daß die Arzthonorare prozentual nicht stärker steigen als die Arbeitslöhne, wodurch sich alleine schon die Einkommensschere weiter öffnet. Man will mehr und wartet nur auf bessere Zeiten. Die vermeintliche Einsicht dient nur dazu, Schlimmeres abzuwenden.

Noch deutlicher als Dehler spricht der Bundesvorsitzende des Konkurrenzverbandes, des Deutschen Kassenarztverbandes, Walther die Haltung der Ärzteverbände aus: „Nachdem die Kassenärzte seit Jahren einen merklichen Beitrag zur Kostensenkung geleistet haben, sind nunmehr Krankenkassen, Krankenhäuser, Versicherte und andere Leistungserbringer am Zug.“ Da wundert es nicht, wenn er schließlich am Ende seiner Rede zu dem entblößenden Schluß kommt: „Wenn ärztliche Leistungen unterbezahlt werden, wird die gesundheitliche Versorgung gefährdet.“

Dieser Satz bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die versteckte Drohung, die gesundheitliche Versorgung bewußt zu verschlechtern oder einzuschränken, falls das gegenwärtige Einkommensniveau nicht erhöht oder wenigstens beibehalten wird. Von Berufsethik, vom Eid des Hippokrates enthalten solche Äußerungen nichts mehr. Es hat den Anschein, als ob Vertreter dieses freien Berufsstandes stärkere Einkommensgarantien als der öffentliche Dienst verlangen. Nur: wer im öffentlichen Dienst verdient schon 181.000 DM im Jahr? Und dies ist bloß der Durchschnitt des zuletzt vom Statistischen Bundesamt für 1980 festgestellten steuerpflichtigen Einkommens der Ärzte. Wodurch ist es gerechtfertigt, dieses Einkommensniveau gleichsam als gottgewollt und unantastbar anzusehen? Andere Akademikergruppen mit vergleichbar langen Ausbildungsgängen liegen da in ganz anderen Durchschnittsbereichen: Tierärzte bei 84.000 DM, Architekten und Ingenieure bei 92.000 DM, sowie Rechtsanwälte und Notare bei 123.000 DM.



Dr. Walther weiß natürlich, wer an der ganzen Misere des Gesundheitswesens schuld ist: der ausufernde Sozialstaat mit seinen Möglichkeiten, „Leistungen kräftig zu verbrauchen und selbst wenig zu erbringen“. Angesichts des umfangreichen Sozialabbaus der Wenderegierung bei Arbeitnehmern, Angestellten, Rentnern und Arbeitslosen, also der Masse der Beitragszahler, klingt es wie Hohn, wenn Walther meint: „Sich auf das Maß des Notwendigen, Zweckmäßigen und Wirtschaftlichen zu beschränken galt bestenfalls für Ärzte, die man in Regress nahm.“

Es dürfte da niemanden verwundern, daß Walther dem Gesetzgeber eine noch rigide Fortsetzung des Sozialabbaus vorschlägt:

- (Teilweise) Anrechnung von Kuren auf den Jahresurlaub der Arbeitnehmer,
- Überprüfung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall,
- Wiedereinführung von Karenztagen oder von Lohn- und Gehaltskürzungen bei Arbeitsunfähigkeit.

Solche Forderung zu Lasten der sozial Schwächeren sind von Seiten einer Berufsgruppe, die zu den Spitzenverdienern gehört, eine schlichte Unverschämtheit. Um den kleinen Leuten die Krisenlasten aufzubürden, darf man auch die Tatsachen ordentlich verdrehen. Walther meint, es sei allseits bekannt und erwiesen, daß eine Eigenbeteiligung der Versicherten einen haushalterischen Umgang mit gesundheitlichen Leistungen fördere.

Dieses Märchen unterschlägt, daß kein einziger Patient sich die Medikamente selbst verschreibt, sondern dafür noch immer die Ärzte zuständig sind. Und die wehren sich mit aller Kraft gegen Preisvergleichslisten für Arzneimittel, die eine kostensparende Verschreibungspraxis möglich machen würden. Walthers Deutscher Kassenarztverband sieht dadurch die ärztliche Behandlungs- und Verordnungsfreiheit gefährdet.

Minister Blüm ist in einem Punkt Recht zugeben: es ist endlich an der Zeit, die Arbeitslosen für die Einkünfte der Ärzte zu interessieren. Vielleicht wird auf diesem Wege der geschilderten gesundheitspolitischen Demagogie der Ärzteverbände Einhalt geboten.

(-/18.11.1985/ bb/ks)

+ + +



EVU's bestimmen den Kurs

Die Strauß-Regierung auf dem Weg zum Verfassungsbruch

Von Hans Kolo MdL

Das vom bayerischen Ministerrat beschlossene Energiekonzept der Staatsregierung und die damit verbundene Ablehnung kommunaler Energieversorgung stellen eine offene Kampfansage an die zu Gunsten des Umweltschutzes geänderte bayerische Verfassung und ihrer Begleitgesetze dar.

Offensichtlich haben CSU und Staatsregierung bei ihrem Energiekonzept vergessen, daß sie nach der Einführung des Verfassungszieles Umweltschutz auf Initiative der SPD den Begleitgesetzen zugestimmt haben, nach denen Energieeinsparung Verfassungsziel ist und die Kommunen aufgefordert werden, regionale Energieversorgungskonzepte zu erarbeiten. Das aber bedeutet, daß die Städte und Landkreise die Energieversorgung in stärkerem Maße in ihre Kompetenz übernehmen. Nur so ist die konsequente Durchführung von Energiesparmaßnahmen sowie die effektive Nutzung von Abwärme und regenerativen Energiequellen möglich.

Mit seinem Beschluß hat der Ministerrat wieder einmal deutlich gemacht, daß Energiepolitik in Bayern weder vom Parlament noch von der Staatsregierung, sondern von den Energieversorgungsunternehmen bestimmt wird. Der Freistaat ist mit 62 Prozent an den Bayernwerken beteiligt; die Staatsregierung erweckt aber den Eindruck, als wären die EVU's mit knapp zwei Drittel am Parlament beteiligt.

Obwohl die Staatsregierung durch die auch von der CSU unterschriebene Verfassungsänderung verpflichtet ist, weigert sie sich, überhaupt über Alternativen zu den bisherigen Energiebereitstellungsformen nachzudenken, um die Energieversorgungsunternehmen mit ihrer Expansionsgier nicht zu verprellen. Der Ministerrat ist mit seiner Behinderung einer neuen Energiepolitik auf dem besten Wege, Verfassungsbruch zu begehen.

Ebenfalls auf den Druck der EVU's führe ich die Drohung der Staatsregierung zurück, den Jahrhundertvertrag der Kohleabnahme aufzukündigen, falls sich andere Bundesländer dem Einstieg in den Schnellen Brüter und die Wiederaufarbeitung verweigern. Beim Widerstand der SPD und der Landesregierungen in Hessen und Nordrhein-Westfalen geht es nicht generell um den gesamten nuklearen Brennstoffkreislauf, sondern ganz gezielt um die unverantwortlichen ökonomischen und ökologischen Belastungen durch den Brüter SNR 300 und die WAA.

Wann CSU und Staatsregierung diese neuen, heute kaum erfaßbaren Risiken ohne energiepolitische Not nicht nur betreiben, sondern sogar zum Gegenstand übler Erpressung machen, dann ist das eine Kampfansage an die Sozialdemokraten. Wir wollen den langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie möglich machen; Schneller Brüter und WAA dagegen schreiben nicht nur den Ausbau der Kernkraft fort, sondern bedeuten Neuland, bedeuten einen energiepolitisch überflüssigen, wirtschaftlich unverantwortlichen und ökologisch nicht zu rechtfertigenden Schritt in den Plutoniumstaat. (./18.11.1985/va/ks)

÷ + +



